

Luzern, 2. Juni 2026

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT**P 626**

Nummer: P 626
Eröffnet: 01.12.2025 / Justiz- und Sicherheitsdepartement
Antrag Regierungsrat: 02.06.2026 / Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 712

Postulat Stadelmann Karin Andrea und Mit. über eine departementsübergreifende Analyse zur Sicherheit und zu Sicherheitsmassnahmen im Kanton Luzern

Das Postulat verlangt eine Prüfung, wie im Kanton Luzern eine departementsübergreifende Gesamtsicht auf sicherheitsrelevante Themen sichergestellt werden kann. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen, Verantwortlichkeiten zu klären, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und die Koordination sowie Zusammenarbeit aller Departemente zu stärken. Dabei soll aufgezeigt werden, welche strategisch relevanten Themen, Massnahmen, Prozesse und Instrumente bereits bestehen und wo zusätzlicher Handlungsbedarf vorliegt.

Unser Rat teilt die Stossrichtung des Postulates. Die sicherheitspolitische Lage in Europa und weltweit hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Die Bedrohungen sind vielfältiger und sichtbarer geworden. Eine ganzheitliche, ressortübergreifende Sicht ermöglicht es, Risiken frühzeitig zu erkennen, Koordinationslücken zu schliessen und ein kohärentes und wirksames sicherheitspolitisches Handeln zu gewährleisten. Sicherheit ist deshalb als gemeinsame Aufgabe aller Departemente zu verstehen.

Der Regierungsrat misst dem Thema Sicherheit eine hohe Bedeutung bei und setzt sich laufend mit den sicherheitspolitischen Entwicklungen sowie den daraus resultierenden strategischen Fragestellungen auseinander. Bereits heute bestehen etablierte Instrumente und Prozesse, welche eine departementsübergreifende Zusammenarbeit gewährleisten.

Die mit diesem Postulat verfolgten Anliegen können im Rahmen der strategischen Planungsarbeiten behandelt und mit bestehenden Vorhaben sowie den aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene, insbesondere im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitischen Strategie des Bundes, abgestimmt werden. Die weiteren Arbeiten erfolgen unter der Federführung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD), welches die Koordination sicherstellt und die betroffenen Departemente in die Bearbeitung einbezieht. Der Regierungsrat wird die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Weiterentwicklung der entsprechenden Strukturen auch im Rahmen der Erarbeitung des nächsten Legislaturprogramms vertieft prüfen und die notwendigen Schwerpunkte festlegen.

Allein aus dem Postulat ergeben sich keine zusätzlichen finanziellen Aufwände. Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihrem Rat, das Postulat erheblich zu erklären.